



Tel: 0561-4001128
Fax: 0561-4001128
e-mail: dralexander.gagel@arcor.de

0221-3597-550
0221-3597-555
schian@iqpr.de

AZ 10-02-08-01
Februar 2006

Forum A

Leistungen zur Teilhabe und Prävention
Rückmeldung zum Diskussionsbeitrag Nr. 2/2006 –

Stellungnahme

von Carsten Mertins, Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Herr Carsten Mertins, Sachgebietsleiter für sozialhilferechtliche Grundsatzangelegenheiten bei der Sozialhilfeabteilung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, hat uns folgende Stellungnahme zu unserem Diskussionsbeitrag A 2-2006 zur Veröffentlichung übersandt. Er weist mit Recht auf eine weitere in unserem Beitrag nicht behandelte Fragestellung hin, die in engem Zusammenhang mit der besprochenen Thematik steht.

Wir bedanken uns für diesen Beitrag und stellen ihn gerne zur Diskussion.

Dr. Alexander Gagel
Dr. Hans-Martin Schian
Marcus Schian

Wir möchten Sie auch auf die Sammlung aller bisher erschienen Diskussionsbeiträge im Internet unter www.iqpr.de aufmerksam machen und Sie herzlich einladen sich an der Diskussion durch eigene Beiträge und Stellungnahmen zu beteiligen.

Carsten Mertins, Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Bei Ihrer Darstellung der Leitsätze des Beschlusses des LSG Schleswig-Holstein vom 09.11.2005 - L 9 B 268/05 SO ER – im Diskussionsbeitrag A 2-2006 schreiben Sie unter Nr. 5:

"Der bisherige Leistungsträger bleibt nicht nur weiterhin zuständig bei einem Wechsel von einer stationären in eine weitere stationäre Einrichtung (§ 98 Abs. 2 SGB XII) oder eine ambulante Einrichtung (§ 98 Abs. 5 SGB XII), sondern auch bei einem Wechsel von einer stationären in eine teilstationäre Einrichtung."

Diese Formulierung des Leitsatzes könnte zu Missverständnissen Anlass geben, denn teilstationäre Einrichtungen für behinderte oder gefährdete Menschen bestehen nicht nur im Bereich der "Wohn-Einrichtungen" (wie im entschiedenen Fall) sondern insbesondere auch im Bereich der Teilhabe am Arbeitsleben (z.B. Werkstätten für behinderte Menschen/WfbM). Der Auffassung des LSG zur Beurteilung der örtlichen Zuständigkeit bei teilstationären "Wohnhilfen" mag man ja folgen, insbesondere auch deshalb, weil eine "teilstationäre betreute Wohnmöglichkeit" in Wirklichkeit nichts anderes als eine "verkappte" ambulante betreute Wohnmöglichkeit i. S. d. § 98 Abs. 5 SGB XII darstellen könnte. Dies kann jedoch nicht auf teilstationäre Einrichtungen, die einer anderen Zielrichtung als der Unterstützung im Lebensbereich "Wohnen" dienen, ausgedehnt werden.

Die örtliche Zuständigkeit bei (ausschließlicher) Betreuung in einer teilstationären WfbM richtet sich weder nach § 98 Abs. 2 SGB XII noch nach § 98 Abs. 5 SGB XII sondern ausschließlich nach § 98 Abs. 1 SGB XII.

Der im o.g. Beitrag unter Nr. 5 formulierte Leitsatz sollte daher zur Vermeidung von Missverständnissen entsprechend ergänzt werden.

Ihre Meinung zu diesem Diskussionsbeitrag ist von großem Interesse für uns. Wir freuen uns auf Ihren Beitrag.
